

Sachstandsdarstellung zu den verwaltungsübergreifenden Empfehlungen aus der GPA Untersuchung

In dem Bericht zur Organisationsuntersuchung in der Kreisverwaltung hat die GPA insgesamt 25 verwaltungsübergreifende Empfehlungen ausgesprochen. In einem ersten Schritt erfolgt eine Sachstandsdarstellung zu den 10 Empfehlungen, die bereits umgesetzt wurden bzw. die in Bearbeitung sind.

Die übrigen Empfehlungen werden sukzessiv auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft und falls sinnvoll, umgesetzt. Hierzu wird die Verwaltung weiterhin regelmäßig berichten.

Empfehlung der GPA zur Dezernatsstruktur/Verwaltungsgliederung

- *GPA: Der Rhein-Sieg-Kreis kann die Dezernatsstruktur auf maximal fünf Dezernate verschlanken. Diese Straffung sollte mit einer Anpassung der Ämterstruktur einhergehen, wodurch sich in der Regel weitere Synergien ergeben.*

Stellungnahme der Verwaltung

Zum 01.01.2017 wird mit dem altersbedingten Ausscheiden von zwei Dezernenten, die Dezernatsstruktur auf künftig 5 Dezernate verringert. Nähere Einzelheiten werden unter TOP 9 dargestellt.

- *GPA: Das Versorgungsamt (Amt 52) sollte künftig als eigenständiges Amt aufgelöst und als zusätzliche Abteilung in das Sozialamt (Amt 50) integriert werden.*

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stelle des Amtsleiters wurde kürzlich erst neu besetzt. Das Thema wird erneut nach Ausscheiden des aktuellen Amtsleiters geprüft werden.

- *GPA: Für die Psychologischen Beratungsdienste (Amt 57) bietet sich aufgrund der sachlichen Nähe eine Integration in das Jugendamt (Amt 51) an. Die schulpsychologische Beratungsstelle kann entweder zusammen mit der Erziehungsberatung in das Jugendamt*

integriert oder dem Schulamt (Amt 40) zugeordnet werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Siehe Stellungnahme der Verwaltung zu den Handlungsmöglichkeiten 57-1 und 57-5.

- *GPA: Die Stabsstelle Pressestelle und die Stabsstelle Büro des Landrates/ Öffentlichkeitsarbeit sollten aufgrund ihres sachlichen Zusammenhangs zusammengelegt werden.*

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wurde bereits mit Wirkung zum 01.05.2016 realisiert.

- *GPA: Im Zuge der Neuordnung sollten das Amt für Finanzwesen (und Beteiligungen) sowie das Amt für Gebäudewirtschaft mittelfristig in das Dezernat 1 verlagert werden, um hier die internen Dienst- und Serviceleistungen zu bündeln und besser zu verzahnen.*

Stellungnahme der Verwaltung

Die Empfehlung wird im Zuge der Neuordnung der Verwaltungsstruktur mit Wirkung zum 01.01.2017 umgesetzt.

- *GPA: Das Referat Wirtschaftsförderung (01) sollte mittelfristig in das Amt für Kreisentwicklung und Mobilität (Amt 61) integriert werden, um die - aktuell beiden Organisationseinheiten obliegende - strategische Kernaufgabe, die Weiterentwicklung des Wohn- und Wirtschaftsraumes Rhein-Sieg, zu bündeln und zu stärken.*

Stellungnahme der Verwaltung

Die Umsetzung dieser Empfehlung erfolgt in umgekehrter Form mit der Änderung der Verwaltungsstruktur zum 01.01.2017. Teile des Amtes für Kreisentwicklung und Mobilität werden künftig in das Referat „Wirtschaftsförderung“ integriert und direkt dem LR zugeordnet.

Empfehlungen der GPA zur IT

- *GPA: Im Rhein-Sieg-Kreis muss die Einführung eines digitalen Dokumentenmanagementsystems (DMS) und damit der sukzessive Übergang zur papierlosen Verwaltung konsequent vorangetrieben werden.*

Stellungnahme der Verwaltung

Siehe Vorlage zu TOP 5.

- *GPA: Die Funktionsfähigkeit der Hard- und Software im Rhein-Sieg-Kreis muss durch entsprechende Sicherheitskonzepte ggf. unter Einbeziehung der civitec sichergestellt werden, um die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten.*

Stellungnahme der Verwaltung

Bereits jetzt werden durch die Systemverwaltung des Rhein-Sieg-Kreises und seitens civitec umfangreiche Maßnahmen und Anstrengungen im Bereich der IT-Sicherheit betrieben um einen sicheren Betrieb der EDV-Systeme zu gewährleisten.

Um den immer komplexeren Strukturen und Anforderungen im IT-Sicherheitsbereich Folge zu tragen stellt der Rhein Sieg Kreis zum 01.01.2017 einen IT-Sicherheitsbeauftragten ein, der u.a. ein Konzept zur IT-Sicherheit erarbeiten wird.

Empfehlung der GPA zur Interkommunalen Zusammenarbeit

GPA: Aufgrund der geografischen Lage für den Rhein-Sieg-Kreis bietet sich zudem eine Zusammenarbeit mit der kreisfreien Stadt Bonn sowie mit den Nachbarkreisen Oberbergischer Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Kreis Euskirchen sowie Rhein-Erft-Kreis an. Hier sollten mögliche Kooperationsfelder ebenfalls ausgelotet werden.

Stellungnahme der Verwaltung

Das Thema interkommunale Zusammenarbeit wird auch in den 9 Handlungsempfehlungen 11-9,20-6, 30-9,30-11, 30-17,36-2, 38-4,41-7 und 66-5 behandelt.

Der Rhein-Sieg-Kreis steht der kommunalen Zusammenarbeit positiv und offen gegenüber und hat die Möglichkeiten, die das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW(GkG) bietet, in der Vergangenheit schon mehrfach wahrgenommen. So wurde der Zweckverband Civitec durch den Oberbergischen Kreis, den Rhein-Sieg-Kreis und die angehörigen Kommunen gegründet.

Des Weiteren wurden z. B. öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zwischen dem Kreis und mehreren kreisangehörigen Gemeinden und Städten über die Zusam-

menarbeit in der Erziehungsberatung, in der Adoptionsvermittlung, im Bereich der Rechnungsprüfung etc. getroffen.

Weitere interkommunale Zusammenarbeiten finden unter anderem auf Ebene des behördlichen Datenschutzbeauftragten, der Leitstelle (Kooperation mit Bonn), im Bereich E-Government (Bürgerportal) usw. statt.

Seit dem Jahr 2002 wurden vom Rhein-Sieg-Kreis sechs Abfragen (2002, 2003, 2004, 2005, 2007 und 2010) in den Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises zu möglichen kommunalen Kooperationen durchgeführt.

Das Thema der Interkommunalen Zusammenarbeit ist zudem ständiges Thema in den gemeinsamen Verwaltungskonferenzen mit der Stadt Bonn sowie den Nachbarkreisen.

Die Verwaltung wird das Thema der interkommunalen Zusammenarbeit erneut aufgreifen um verstärkt Möglichkeiten weiterer Kooperationen zu ermitteln.

Empfehlung der GPA für vertiefende Organisationsuntersuchungen

GPA: Die Ergebnisse der Aufgabenanalyse haben gezeigt, dass es lohnenswert erscheint, in den Bereichen Soziales (Amt 50) und Gebäudemanagement (Amt22) vertiefende Untersuchungen durchzuführen. Es handelt sich hier jeweils um sehr ressourcenintensive Aufgabenschwerpunkte der Kreisverwaltung, die nach den Eindrücken unserer aktuellen Betrachtung weitergehenden Optimierungs- bzw. Entwicklungsbedarf indizieren. Zusätzliches Verbesserungspotenzial lässt sich in diesen komplexen Bereichen jedoch nur mit Hilfe analytischer Methoden erschließen, die über den bisherigen Untersuchungsansatz der Aufgabenanalyse hinausgehen. Gegenstand weiter vertiefender Untersuchungen in den beiden v.g. Bereichen sollen daher insbesondere die intensive Auseinandersetzung mit der dortigen Leistungs- und Produktsteuerung, die Überprüfung der Personalausstattung – und ggf. Personalmehranforderungen (soweit verwertbare valide Bemessungsdaten vorhanden sind), sowie der Prozesse sein, um auf dieser detaillierten Grundlage zusätzliche Optimierungsvorschläge zu entwickeln.

Stellungnahme der Verwaltung

Die GPA hat im Rahmen der durchgeführten Aufgabenanalyse in der Kreisverwaltung in ihrem Ergebnisbericht empfohlen, die Bereiche Soziales (ohne den Bereich Leistungen für Menschen mit Behinderung) (Amt 50) sowie das Gebäudemanagement (Amt 22) vertiefenden Organisationsuntersuchungen zu unterziehen.

Ziele der Organisationsuntersuchungen sind die Sicherstellung einer nachhaltig wirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung der Aufgabenbereiche im Zusammenhang mit den eingesetzten Personalressourcen sowie die effiziente Ausgestaltung von Prozessen und der Aufbauorganisation.

Die Fa. con_sens hat sich im Rahmen der Organisationsuntersuchung des Bereiches „Leistungen für Menschen mit Behinderungen“ als fachkompetentes und insgesamt auf dem Gebiet des Sozialhilferechts versiertes und erfahrenes Unternehmen erwiesen und im Rahmen der Auftragsausführung insgesamt einen sehr guten Eindruck hinterlassen.

Die Durchführung der vertiefenden Organisationsuntersuchung für das Kreissozialamt wurde von der Fa. con_sens – bei einem geschätzten Gesamtaufwand von 57 Beratertagen - zum Gesamtpreis von 73.934,70 € (inkl. MwSt.) angeboten.

Die Verwaltung beabsichtigt, die Fa. con_sens mit der Durchführung der vertiefenden Organisationsuntersuchung im Sozialamt zu beauftragen.

Der Bau- und Vergabeausschuss wird sich mit der entsprechenden Vergabe in seiner Sitzung am 08.09.2016 befassen.

Hinsichtlich der empfohlenen Organisationsuntersuchung im Gebäudemanagement wird zur Zeit noch der neben der GPA in Frage kommende Bewerberkreis eruiert.

Die Verwaltung wird in einer der nächsten Sitzungen berichten.